
12219/AB XXIV. GP

Eingelangt am 06.09.2012

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

BM für Inneres

Anfragebeantwortung

Frau

Präsidentin des Nationalrates

Mag.^a Barbara Prammer

Parlament

1017 Wien

GZ: BMI-LR2220/1007-III/5/a/2012

Wien, am . September 2012

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Belakowitsch-Jenewein, Vilimsky und weitere Abgeordnete haben am 6. Juli 2012 unter der Zahl 12451/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Auswirkungen des neuen Erlasses des BMASK“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 3:

Ja.

Zu Frage 4:

Für gegenständlichen Erlass war die Zustimmung des Bundesministeriums für Inneres nicht erforderlich. Darüber hinaus ist das Bundesministerium für Inneres in seinem Zuständigkeitsbereich bemüht, Asylverfahren für minderjährige Personen möglichst rasch durchzuführen.

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Zu den Fragen 5 und 6:

Nein.

Zu den Fragen 7 bis 10:

Die Ausstellung einer Beschäftigungsbewilligung hat keine Auswirkungen auf die inhaltliche Entscheidung des Asylantrags. Jede Ausweisungsentscheidung gemäß § 10 AsylG 2005 wird im Rahmen der nationalen Rechtslage, insbesondere auch im Hinblick auf eine allfällige Verletzung von Art. 8 EMRK, geprüft.